



Stadtgemeinde **Bruneck**
Città di **Brunico**



Resolution

Der stetig zunehmende Transit-Schwerverkehr durch das Pustertal wird zu einer immer größeren Belastung. Zahlreiche Speditionen nutzen die Pustertaler Straße als Teil der europäischen Transitroute E66, welche in Südtirol über die SS49 und in Osttirol über die B100 führt, als Ausweichroute für Mautstraßen.

Neben der starken Umweltverschmutzung stellt der Verkehr und insbesondere der Transit-Schwerverkehr eine große Belastung für die Bevölkerung des Pustertales, sowohl auf Südtiroler als auch auf Osttiroler Seite, dar.

Der Tiroler Landtag hat in der Sitzung vom 17. Dezember 2020 mit verfassungsmäßiger Mehrheit beschlossen, die mögliche Einführung eines LKW-Fahrverbotes auf der B100 Drautalstraße für den Transitverkehr zu prüfen. Wörtlich heißt es: *„Die Landesregierung wird ersucht, unter Berücksichtigung der Erfahrungen auf der Fernpassstraße zu prüfen, ob und unter welchen Rahmenbedingungen ein LKW-Fahrverbot für den Transitverkehr auf der B100 Drautalstraße erlassen werden könnte. Im Rahmen der Prüfung möge auch eine Abstimmung mit dem Bundesland Kärnten erfolgen und es sollen auch die Erfahrungen, die zuletzt im Ennstal gewonnen werden konnten, in die Betrachtung mit einfließen. Im Zuge der gesamthaften Betrachtung sollen dabei auch die Auswirkungen auf die Felbertauernstraße, den Bezirks Kitzbühel sowie auf das Pustertal und Belluno mit einfließen.“*

Die Bezirksgemeinschaft Pustertal hat am 31. März 2021 in einem Schreiben an die Landeshauptleute Arno Kompatscher und Günther Platter, sowie an Mobilitätslandesrat Daniel Alfreider und Mobilitätslandesrätin Ingrid Felipe, um eine enge Absprache und Zusammenarbeit in selbiger Angelegenheit sowie die Einbeziehung der örtlichen Körperschaften des Pustertales ersucht.

Die Stadtgemeinden Bruneck und Lienz streben eine länderübergreifende Zusammenarbeit an. In diesem Sinne sprechen sich die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der Stadtgemeinden Bruneck und Lienz dafür aus, dass der Transit-Schwerverkehr durch das Pustertal unterbunden werden soll, indem ein entsprechendes Fahrverbot für den Transit-Schwerverkehr erlassen wird. Die Landesregierungen der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol und des Bundeslandes Tirol werden ersucht, dahingehend bei den zuständigen Stellen auf Landesebene, auf staatlicher Ebene sowie auch auf europäischer Ebene zu intervenieren und, soweit im eigenen Kompetenzbereich, konkrete Maßnahmen umzusetzen.